

Petra Dobner/Johannes Varwick: Sparen an der Politikwissenschaft?

Jede und jeder muss mit dem zur Verfügung stehenden Geld auskommen. Das gilt im privaten wie im öffentlichen Leben und das gilt selbstverständlich auch für Universitäten. Allerdings sollte klar sein, von welcher Basis – also von welchen Einnahmen und Ausgaben – ausgegangen wird. Schon hier mangelt es in der aktuellen Reformdiskussion an unserer Universität an Klarheit und Konsistenz. Binnen weniger Monate erhöhten sich die Angaben zum Haushaltsdefizit der MLU seitens des Rektorats von zehn auf nunmehr mehr als 21 Millionen Euro. Seit Beginn des Konsolidierungsprozesses ermöglichen die vom Rektorat vorgelegten Zahlen kein solides Gesamtbild der Einnahmen und Ausgaben. Nun stellt sich die Frage, ob dies Unfähigkeit oder Kalkül ist, und es stellt sich auch die Frage, auf welcher finanziell gesicherten Grundlage der Senat die Entscheidungen, die er bereits getroffen hat, verantworten kann, und weitere Entscheidungen treffen will. Insgesamt ist dies eine denkbar schlechte Ausgangslage für seriöse und ernsthafte Anstrengungen einer Haushaltskonsolidierung und damit willentlich verbundener Reformdiskussionen.

Auf dieser insgesamt unklaren Basis hat das Rektorat seit dem vergangenen Jahr einen „Profilschärfungsprozess“ initiiert, der relativ willkürlich Forschungsschwerpunkte definiert und die MLU auf eine Zielgröße von 17.000 Studierende und ca. 1600 Planstellen, davon ca. 300 Professuren, ausrichtet. Mittels einer intransparenten Stärken- und Schwächenanalyse einzelner Lehr- und Forschungsbereiche, unter Scheinbeteiligung diverser Gremien und unter Missachtung selbst definierter Kriterien hat das Rektorat dann öffentlich einzelne Fächer bewertet. Der Senat hat diesem Papier zugestimmt.

Für die Politikwissenschaft wird in einem knappen Absatz festgestellt, dass die vorhandenen Potentiale besser durch eine „Neuzuordnung der Politikwissenschaften in einem größeren Institut für Sozialwissenschaften, dann gemeinsam mit dem heutigen Institut für Soziologie“ genutzt werden sollen, was es nach dem Hochschulgesetz in seiner geltenden Fassung schon gar nicht hätte lancieren dürfen – denn solche Vorschläge zu unterbreiten, ist Aufgabe und Recht der Fakultäten. Weiter heißt es, dass damit „nachhaltige Synergie-Effekte erzielt und so die Basis für größere Verbundforschungsprojekte gelegt werden“ könnten, ohne darzulegen, warum genau dies eigentlich in einem gemeinsamen Institut besser funktionieren sollte und wieso dazu zudem die Verlagerung beider Institute in eine andere Fakultät – an einem rein örtlich entlegenen Standort – dies noch beflügeln würde. Lapidar wird dann formuliert, dass dies

„mit einer Stellenreduzierung in der Größenordnung einer Professur am Institut für Politikwissenschaft einher[gehe]“.

Die Politikwissenschaft ist seit Jahren ein stark nachgefragtes Überlastfach, das mit sehr knappen Mitteln leistungsfähige BA-, Master- und Lehramtsstudiengänge anbietet und eine große Zahl an Absolvent*innen hervorbringt, die im Berufsleben Fuß fassen, oftmals schon vor Abschluss des Studiums. Ebenfalls seit Jahren gewährleistet die Politikwissenschaft mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aufgrund hoher Studierendenzahlen unter schwierigen Bedingungen erhebliche Zuflüsse aus Bundes- und Landesmitteln im Rahmen des so genannten Hochschulpaktes bzw. des Zukunftspaktes Lehre.

Unter den jetzt in den Raum gestellten Bedingungen wird das Institut für Politikwissenschaft schon im nationalen Vergleich nicht mehr konkurrenzfähig sein. Fünf Professuren inklusive Fachdidaktik sind die absolute Mindestausstattung für das Fach. Die Verschmelzung der beiden Kernbereiche Regierungslehre und Politische Theorie in einer Professur wird dazu führen, dass die Stelle nicht kompetent besetzt werden kann, da eine solche Doppelqualifikation der fachlichen Spezialisierungspraxis nicht entspricht.

Auf der Ebene des Studiums wird das Institut aufgrund der Reduktion der Lehrkapazitäten außer Stande sein, die beiden etablierten und in jeder Hinsicht erfolgreichen – d. h. bezüglich der Nachfrage und der Vermittlung in erfolgreiche Berufspositionen in Sachsen-Anhalt, der Bundesrepublik und des Auslands – Masterstudiengänge „Parlamentsfragen und Zivilgesellschaft“ (120 Leistungspunkte) sowie „Politikwissenschaft“ (75/45 Leistungspunkte) fortzuführen. Eine Aussetzung der Zulassung zum Master ab WS 2022/23 ist die direkte Folge.

Dasselbe gilt für die Immatrikulation in die Lehramtsfächer: Die Politikwissenschaft hat insgesamt einen Anteil von fast 90 Prozent der Ausbildung für die Lehrämter der Sozialkunde, die Hälfte der Ausbildung findet in den beiden Lehrbereichen statt, von denen einer gestrichen werden soll, ein Drittel der Ausbildung in den Masterstudiengängen, die ebenfalls entfallen müssen. Eine Fortsetzung der Lehramtsausbildung Sozialkunde ist folglich unter diesen Bedingungen nicht möglich.

Damit wird die MLU einen der am stärksten nachgefragten Masterstudiengänge der Fakultät und der gesamten Universität und damit überregionale Attraktivität einbüßen. Dem Land Sachsen-Anhalt werden perspektivisch junge, mit der Region vertraute

Expert*innen fehlen, die parlamentarische Institutionen und demokratische Initiativen der Zivilgesellschaft mitgestalten. Angesichts des bereits bestehenden Lehrermangels im Land einerseits und der Sonderstellung des Fachs Sozialkunde im Kanon der Schulfächer andererseits, das in seiner primären Aufgabe gründet, Demokratievertrauen und Partizipationsambitionen zu wecken und zu stärken und antidemokratischen Tendenzen in der Schülerschaft entgegenzuwirken, verursacht die Einstellung der Lehramtsausbildung langfristigen Schaden, der kaum zu bemessen ist.

Unter den gegebenen Bedingungen werden auch die ebenso nachgefragten wie erfolgreichen BA- Studiengänge quantitativ und qualitativ das heutige Niveau nicht mehr erreichen und die Identität des Faches Politikwissenschaft beschädigt. Infolge der Zusammenlegung der Politikwissenschaft mit der Soziologie in einem neuen Institut für Sozialwissenschaft, die alle beteiligten Fachvertreter*innen aus inhaltlichen Gründen ablehnen (und über das sie ohne Konsultationen erst aus dem Papier erfahren haben), werden beide Fächer an Profil sowie nationaler und internationaler Sichtbarkeit verlieren.

Mehr noch: Das etablierte und in jeder Hinsicht erfolgreiche Fach Politikwissenschaft wird aus fadenscheinigen Gründen und zudem mit nur sehr überschaubarem Sparbeitrag willkürlich kaputt gemacht. Dabei hat das Institut im Rahmen der Planungen für die ja beim Bund abrufbaren Mittel aus dem Zukunftspakt Lehre im vergangenen Frühjahr auf Aufforderung des Rektorats tragfähige Planungen vorgelegt und auch durchaus Einsparpotential bei der Umwandlung von befristeten Stellen in Dauerstellen mit erhöhtem Lehrdeputat ermittelt. Die Universitätsleitung hat nach einer mündlichen Zustimmung zu diesen Vorschlägen keinerlei weitere Reaktionen folgen lassen, geschweige denn Umsetzungsentscheidungen getroffen. Erst dem „Grobkonzept“ konnten Mitarbeiter*innen und Institut die grundsätzliche Kehrtwende entnehmen, das Institut zu verzweigen. Zusätzlich zu den geschilderten verheerenden Folgen für das Institut, das Fach und die Lehre in der Politikwissenschaft sind die vorliegenden Pläne und Maßnahmen auch für die Mitarbeiter*innen eine Katastrophe, die seit fast einem Jahr auf eine Entscheidung warten, ob und wie es mit ihren Stellen weitergeht. Die gelebte Realität des „Rektorats im Dialog“? Ein verantwortungsloser Umgang mit dem akademischen Nachwuchs!

Prof. Dr. Petra Dobner ist Inhaberin des Lehrstuhls für Systemanalyse und Vergleichende Politikwissenschaft und Prof. Dr. Johannes Varwick ist Inhaber des Lehrstuhls für internationale Beziehungen und europäische Politik am Institut für Politikwissenschaft.